

zuletzt aktualisiert am: 25.05.2011

URL: <http://nachrichten.rp-online.de/regional/rot-gruen-erstmals-resolution-mit-linken-1.1277941>

Empfehlen

Rot-Grün: Erstmals Resolution mit Linken

VON DENISA RICHTERS - zuletzt aktualisiert: 25.05.2011 - 02:30

Im Land lässt sich die rot-grüne Minderheitsregierung seit der Wahl 2010 von der Linkspartei stützen. Im Düsseldorfer Stadtrat stimmen SPD und Grüne zwar regelmäßig mit der Fraktion der Linken, bei der morgigen Ratssitzung erreicht die Zusammenarbeit aber ein neues Niveau: Erstmals stellen die drei Fraktionen eine gemeinsame Resolution.

Es geht inhaltlich um eine Kampagne für eine "Steuer gegen Armut", die das Düsseldorfer Rathaus nach Ansicht der rot-rot-grünen Opposition unterstützen soll. In der Resolution wird darauf hingewiesen, dass die Kampagne von zahlreichen politischen, kirchlichen und gesellschaftlichen Organisationen unterstützt wird. Das Ziel ist eine "möglichst globale Steuer in Höhe von 0,05 Prozent auf Finanztransaktionen". Der Düsseldorfer Stadtrat solle ein Signal setzen und Bundestag sowie Bundesregierung auffordern, sich für eine Einführung einer solchen Steuer einzusetzen. Eine Finanztransaktionssteuer, so die Unterstützer der Resolution, sei deutlich umfassender als die von der Bundesregierung geplante "Bankenabgabe", weltweit könnten damit jährlich 500 Milliarden Euro zusammenkommen.

Iris Bellstedt, Fraktionschefin der Grünen, verweist auf einen Antrag im Nürnberger Stadtrat, wo alle Fraktionen – auch die CSU – die Resolution unterschrieben hätten. "Unsere Intention war ebenfalls ein interfraktioneller Antrag, aber es sind nur diese drei Fraktionen übrig geblieben", so Bellstedt.

SPD-Fraktionschef Markus Raub weist weit von sich, dass dies der Beginn einer dauerhaften rot-rot-grünen Annäherung im Rathaus sein könnte. "Es ist relativ verwegen, nur wegen dieser Resolution Rot-Rot-Grün am Horizont zu sehen." Es gehe um eine wichtige Forderung, "und es ist schade genug, dass CDU und FDP nicht dabei sind", betont Raub. Er könne auch niemandem verbieten, "mit mir einer Meinung zu sein".

Laut Gilbert Yimbou, dem Vorsitzenden der Linken im Rat, habe seine Fraktion einen Antrag formuliert. Raub habe sich nach einigen Modifizierungen angeschlossen. "Warum auch nicht, wenn wir uns in der Sache einig sind", sagt Yimbou, räumt aber ein: "Ich war überrascht und habe mich gefreut."

© RP Online GmbH 1995 - 2010

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH

Artikel drucken